

# Message Control?!

## Untersuchung der Kommunikationsstrategien der österreichischen Bundesregierung

Alexandra Bründl, Alexandra Krämer, Anna Spatzenegger, Ursula Waselmayr

kommunikation.medien

Open-Access-Journal  
für den wissenschaftlichen Nachwuchs

ISSN 2227-7277

Nr. 10 | 2019

<http://eplus.uni-salzburg.at/JKM>

DOI: 10.25598/JKM/2019-10.31

SOLOIDER kommunikation.medien  
**Fenster**



### Abstract

*Die Forschung untersucht die Regierungskommunikation der türkis-blauen Bundesregierung Kurz und deren Rezeption durch die beiden Tageszeitungen Der Standard und Kronen Zeitung sowie dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk ORF. Die acht ausgewählten Schlüsselergebnisse, darunter der 12-Stunden-Tag, die EU-Ratspräsidentschaft und das Don't Smoke-Rauchervolksbegehren, zeigen, dass die Bundesregierung oft die Sicherheit, Zusammengehörigkeit und Identität Österreichs hervorhebt. Zu den eigentlichen Kernthemen kommuniziert sie zum Teil sehr knapp. Die Bundesregierung kontrolliert genau, welche Akteurinnen und Akteure bei welchen Themen wann öffentlich sprechen dürfen. Über Sebastian Kurz, Heinz-Christian Strache sowie Herbert Kickl wird am meisten kommuniziert.*

### Keywords

Message Control, strategische Kommunikation, Bundesregierung, Österreich, ÖVP, FPÖ, Populismus, Regierungskommunikation

### 1. Aktuelle Anmerkung

Nach nur 516 Tagen ist die türkis-blaue Regierung Österreichs Geschichte. Am 18. Mai 2019 löste Sebastian Kurz (ÖVP) sie mit den Worten „Genug ist genug“ (Bonavida et al. 2019: o.S.)

auf und leitete den Wahlkampf für Neuwahlen ein. Auslöser dafür: In dem heimlich aufgenommenen Ibiza-Video war unter anderem zu sehen, wie Vizekanzler Heinz-Christian Strache (FPÖ) staatliche Aufträge für eine Unterstützung im Wahlkampf versprach (vgl. ebd.).

Die Koalition dauerte nur knapp eineinhalb Jahre, dennoch gab es zahlreiche wichtige Ereignisse, kritische Aussagen von einzelnen Ministerinnen und Ministern sowie kleinere und größere politische Krisen. Auffallend war, wie die türkis-blaue Bundesregierung mit diesen Situationen umging. Eine stark kontrollierte und strategische Kommunikation stand im Vordergrund. Obwohl die türkis-blaue Bundesregierung beendet wurde und einige der Akteurinnen und Akteure nicht mehr in der Politik tätig sein werden, kann die vorgenommene Untersuchung zur Kommunikationsstrategie der türkis-blauen Bundesregierung wichtige Erkenntnisse für die Zukunft liefern.

## **2. Einleitung: Message Control als „neuer Stil“?**

Das Völkerrechtsbüro der Außenministerin gab eine kritische Stellungnahme zur geplanten Indexierung der Familienbeihilfe für Kinder, die nicht in Österreich leben, ab. Nach kurzer Zeit wurde diese wieder offline genommen, da sie laut Außenministerium nur versehentlich verschickt worden wäre. (Vgl. Oswald 2018: o.S.).

Trotz Nachfrage durfte der Standard nicht an einem Hintergrundgespräch im Kanzleramt teilnehmen. Die Begründung: „Man behalte sich vor, welche Medien man zu derartigen Terminen einlade (...) Vereinzelt ist das zwar unter früheren Regierungen auch vorgekommen, es hat im Ausmaß aber definitiv zugenommen“ (Möseneder/ Oswald 2018: 2).

Die oben genannten Beispiele lassen vermuten, dass die österreichische Bundesregierung seit der vorgezogenen Nationalratswahl 2017 ihre Kommunikationsstrategie stark verändert hat. Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) betont immer wieder den „neuen Stil“ seiner Politik. Damit scheint auch ein neuer Kommunikationsstil der Bundesregierung gemeint zu sein. Die Bundesregierung scheint viel stärker darauf zu achten, welche Botschaften sie wie und über welche Kanäle aussendet. Erstmals gibt es in Österreich einen Regierungssprecher. Kritikerinnen und Kritiker bezeichnen diesen Kommunikationsstil mit dem Stichwort Message Control – also eine starke Kontrolle jeglicher Aussagen, die an die Öffentlichkeit gehen.

Der Begriff Message Control wurde bisher vor allem im PR-Bereich oder in Bezug auf Wahlkämpfe verwendet: „While campaign Managers and consultants can’t control what journalists ultimately write, they can control the flow of information to the media“ (Skewes 2007: 77). Message Control lässt sich unter anderem durch folgende Punkte definieren:

- Themen werden für journalistische Nachrichtenmedien kontextualisiert, bevor diese Zeit hatten, diese zu untersuchen oder zu überprüfen
- Journalistische Nachrichtenmedien werden mit ‚Klatsch‘ oder ablenkenden Geschichten bedient
- Journalistische Nachrichtenmedien werden ignoriert oder die politischen Akteurinnen und Akteure kommen ihnen zuvor, indem sie Erklärungen abgeben, bevor die Nachrichtenmedien Kritik üben können
- Bestimmte politische Akteurinnen und Akteure werden von den journalistischen Nachrichtenmedien ferngehalten
- Agenda Setting mittels ‚Issue-of-the-day/week-Strategy‘
- Frequenz, mit der politische Akteurinnen und Akteure in Kontakt mit den journalistischen Nachrichtenmedien kommen, wird genau geplant

Das Ziel ist, journalistische Nachrichtenmedien dazu zu bringen, sich auf jene Themen zu konzentrieren, welche für die politischen Akteurinnen und Akteure wünschenswert sind (vgl. Cornell 2013: 11; Skewes 2007: 77f.).

Von der Politikwissenschaft bis hin zur Mediensoziologie gibt es einige Studien zu diesem Thema (vgl. Heinze 2012: 25). Innerhalb der Kommunikationswissenschaft wurde unter anderem der Einfluss der politischen Kommunikation auf die Wahlentscheidung der Bürgerinnen und Bürger untersucht (vgl. ebd.). Dabei handelt es sich um die Beobachtung von gezielter, strategischer Kommunikation bei punktuellen Ereignissen. Der Aspekt der alltäglichen und kontinuierlichen Regierungskommunikation wurde bislang nur wenig beleuchtet. Einschlägige Forschungsarbeiten betreffen hauptsächlich die Länder Deutschland und USA. Jana Heinze (2012) analysierte die Regierungskommunikation in Deutschland. Sie nahm dabei zum einen die Seite der Kommunikatorinnen und Kommunikatoren in den Blick, woraus sie ein Modell zur Regierungskommunikation entwickelte (vgl. Heinze 2012: 83). Zum anderen evaluierte die Forscherin die Wahrnehmung der politischen Kommunikationskultur seitens der Rezipientinnen und Rezipienten (vgl. Heinze 2012: 182). Andere Autorinnen und Autoren wie Martina Vogel (2010) oder Stefan Marx (2008) verglichen die Regierungskommunikation mehrerer Länder miteinander und berücksichtigen dabei länderspezifische Kontextfaktoren. Barbara Pfetsch (2003) widmete sich in ihrer Arbeit der Rolle der Regierungssprecherinnen und Regierungssprecher und ihrer Interaktion mit Journalistinnen und Journalisten. Dem Thema Message Control per se widmet sich Elizabeth Skewes (2007) am Beispiel amerikanischer Präsidentschaftswahlen. Eine ihrer zentralen Aussagen ist, dass Kampagnenmanagerin-

nen und -manager nicht kontrollieren können, was die Presse am Ende schreibt. Den Informationsfluss, was zu welcher Zeit in welcher Form nach außen dringt, können sie sehr wohl kontrollieren (vgl. Skewes 2007: 77).

Zur Kommunikation der österreichischen Bundesregierung wurden keine nennenswerten Studien gefunden. Um die öffentlichen Kritikpunkte an der Kommunikation der Regierung wissenschaftlich zu untersuchen wurde folgende Fragestellung bearbeitet:

*Wie kommuniziert die aktuelle österreichische Bundesregierung mit ihrer Bevölkerung und inwiefern steuert die Bundesregierung ihre Kommunikation und übt dadurch Message Control aus?*

## **2.1 Message hier, Message da – Methodik**

Diese Arbeit will Taktiken in der Kommunikation der österreichischen Bundesregierung sichtbar machen und empirische Muster aufzeigen. Sie widmet sich folgenden forschungsleitenden Annahmen bzw. Fragestellungen:

- Gibt es Ablenkungsmanöver bei der Kommunikation der Bundesregierung? Als Ablenkungsmanöver werden Themen gezählt, die von der Bundesregierung neu gesetzt werden, sobald Kritik an ihrer bisherigen Arbeit oder Ereignissen aufkommt.
- Werden bei negativen Reaktionen in den Medien Aussagen im Nachhinein dementiert oder verändert?
- Gibt es vorkontextualisierte Presseaussendungen? Dies bedeutet, dass Ereignisse bereits von der Bundesregierung in einen Kontext gesetzt und eingeordnet werden, bevor sie an die Nachrichtenmedien weitergegeben werden (vgl. Skewes 2007: 77).
- Gibt es neue Themen in regelmäßigen Abständen wie bei der oben beschriebenen ‚Issue-of-the-day-Strategy‘?
- Es besteht die Annahme, dass Facebook-Posts einen boulevardeskeren Stil aufweisen als Presseaussendungen. Boulevardeske Inhalte bauen stärker auf Soft Facts und Storytelling auf, enthalten emotionalisierende Elemente und werden stärker an Personen als an Fakten festgemacht.

Für die Untersuchung wurden acht Fallbeispiele ausgewählt. Sie stellen zentrale Ereignisse während der türkis-blauen Bundesregierung in den Jahren 2018 und 2019 dar, die vergleichsweise hohe mediale Resonanz aufwiesen. Gleichzeitig wurde darauf geachtet, möglichst unterschiedliche Beispiele zu finden und ein breites Themenspektrum abzudecken. Auf diese Weise

konnten Gemeinsamkeiten in den Kommunikationsstrategien zu Bereichen, die inhaltlich verschieden behandelt werden müssen, aufgedeckt werden. Mittels einer explorativen Untersuchung wurde anhand der folgenden acht Fallbeispiele die Kommunikation über einen Zeitraum von fünf bis sieben Tagen untersucht:

- *Don't Smoke Volksbegehren* (19.02.-25.02.2018): Nachdem die türkis-blaue Bundesregierung das geplante Rauchverbot in der Gastronomie aufhob, initiierten die Wiener Ärztekammer und die Österreichischen Krebshilfe das Anti-Raucher Volksbegehren und sammelten Unterschriften. Bereits am dritten Tag, den 19.02.2018 hatten über 100.000 Menschen unterschrieben (vgl. Die Presse 2018: o.S.).
- *„Achse der Willigen“-Aussage* (13.06.-17.06.2018): Bei einem gemeinsamen Pressestatement mit dem deutschen Innenminister Horst Seehofer verkündet Sebastian Kurz eine intensive Zusammenarbeit von Deutschland, Österreich und Italien gegen illegale Migration. Er verwendet zur Beschreibung den historisch belasteten Begriff der ‚Achse der Willigen‘ (vgl. Baumann 2018: o.S.).
- *12-Stunden-Tag* (20.06.-25.06.2018): Am 05. Juli 2018 beschloss der Nationalrat ein neues Gesetz zur Arbeitszeitflexibilisierung, das in Österreich unter dem Namen 12-Stunden-Tag bekannt wurde. Im Vorfeld der Beschlussfassung gab es in der Öffentlichkeit heftige Diskussionen über mögliche Verschlechterungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Der ÖGB zu einer Großdemonstration auf (vgl. Brunnbauer 2018: o.S.).
- *EU-Ratspräsidentschaft* (01.07.-06.07.2018): Österreich hatte ab dem 01. Juli 2018 für sechs Monate den Ratsvorsitz der Europäischen Union inne (vgl. Bundesministerium Europa, Integration und Äußeres 2018: o.S.). Im Rahmen des Vorsitzes fanden zahlreiche Treffen europäischer Politikerinnen und Politiker in Österreich statt (vgl. eu2018.at 2018: o.S.).
- *Dönmez-Affäre* (01.09.-07.09.2018): Efgani Dönmez, Nationalratsabgeordneter der ÖVP, setzte einen sexistischen Tweet gegen eine deutsche Politikerin ab. Die ÖVP schloss ihn daraufhin aus ihrem Parlamentsklub aus (vgl. Mittelstaedt 2018: o.S.).
- *Mail des Innenministeriums bezüglich kritischer Medien* (24.09.-29.09.2018): In einer E-Mail regte das Innenministerium die Landespolizei-Pressestellen dazu an, die Kommunikation mit kritischen Medien wie dem Standard, dem Falter und dem Kurier „auf das nötigste (rechtlich vorgesehene) Maß zu beschränken“ (Pözl 2018: 3).

- *UN-Migrationspakt* (30.10.-03.11.2018): Ende Oktober 2018 beschloss die türkisch-blauer Regierung, dass Österreich dem UN-Migrationspakt nicht beitreten werde. Obwohl der Pakt völkerrechtlich nicht bindend ist, fürchtete die Regierung, dass neue Ansprüche für Migrantinnen und Migranten geschaffen werden könnten (vgl. Kurier 2018: o.S.).
- *„Recht muss der Politik folgen“-Aussage* (23.01-27.01.2019): In der ORF-Sendung *Report* präsentierte Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) Ideen für weitere Verschärfungen im österreichischen Asylwesen. Mit seiner stark kritisierten Aussage „Ich glaube immer noch, dass der Grundsatz gilt, dass das Recht der Politik zu folgen hat und nicht die Politik dem Recht“ (Der Standard 2019: o.S.) stellte Kickl die Europäische Menschenrechtskonvention und rechtsstaatliche Prinzipien, die seine Forderungen einschränken, infrage (vgl. Der Standard 2019: o.S.).

Zu diesen Ereignissen wurde vorrangig die Von-Kommunikation in den Blick genommen. Damit sind die Aussagen, welche von der Bundesregierung selbst getätigt wurden, gemeint. Sämtliche Presseaussendungen in den jeweiligen Zeiträumen von insgesamt 15 Aussenderinnen und Aussendern wurden hierfür untersucht. Darunter waren zehn Bundesministerien, der Bundespressedienst, die FPÖ Bundesparteileitung, der FPÖ Parlamentsklub, die ÖVP Bundesparteileitung und der ÖVP Parlamentsklub. Ein weiteres Augenmerk lag auf den insgesamt 15 Facebook-Accounts sämtlicher Bundesministerien und aller Mitglieder der Bundesregierung. Um feststellen zu können, wie intensiv die Debatte über das ausgewählte Thema in den Medien geführt wird, wurden der Standard, die Kronen Zeitung, die Zeit im Bild 1, die Zeit im Bild 2, die ORF Pressestunde und Im Zentrum ausgewählt. Die Nachrichtenmedien berichten über die Ereignisse und über die Bundesregierung. Daher werden die Aussagen aus diesen Nachrichtenmedien als Gegenstück zur Von-Kommunikation unter den Begriff Über-Kommunikation gefasst. Mittels aussagekräftiger Suchbegriffe wurden alle Artikel in den jeweiligen Zeiträumen zum Thema heruntergeladen und ebenfalls ausgewertet. So konnte zum einen festgestellt werden, wann und in welcher Intensität eine Debatte in den Medien beginnt und wieder abflaut. Zum anderen wurde darauf geachtet, ob es auffällige Überschneidungen zwischen den Presseaussendungen und den Medien gab. Die Debatte wurde jeweils fünf Tage lang verfolgt. Wenn die Debatte länger anhielt, wurde der Untersuchungszeitraum um weitere zwei Tage verlängert.

Die Untersuchungsgrundlage bestand aus Presseaussendungen und Facebook-Posts (=Von-Kommunikation) sowie Zeitungsartikeln und ORF-Beiträgen (=Über-Kommunikation). Insgesamt wurden 1734 Beiträge untersucht. Das Codebuch umfasste 44 Kategorien, anhand de-

rer diese codiert wurden. Der erste Teil beinhaltete quantitative Elemente, wie etwa die Relevanz des Beitrages. Des Weiteren wurden das Medium, das Datum, zu welchem Schlüsselergebnis der Beitrag gehört, der Bezug des Beitrags zum Schlüsselereignis und die Tonalität festgehalten. In einem zweiten Schritt wurden qualitative Elemente wie das Thema des Beitrags, mögliche Ablenkungsmanöver, Dementi oder Vor-Kontextualisierungen beschrieben. Außerdem erfolgte eine Beschreibung der Selbst- und Fremddarstellung der zentralen Akteurinnen und Akteure in den Beiträgen.

### **3. Hintergrund: Politische Veränderungen in Europa**

Die türkis-blaue österreichische Bundesregierung muss vor dem Hintergrund einer sich verändernden politischen Situation in Europa betrachtet werden. Seit einigen Jahren gewinnen stark konservative und rechtspopulistische Leitbilder an Legitimität (vgl. ZDF 2018: o.S.). Das Arenatheoretische Modell sozialen Wandels von Imhof liefert eine Erklärung für den derzeit stattfindenden Aufstieg von rechten Ideologien und den gesellschaftlichen Wertewandel. Die öffentliche Kommunikation hat dabei die Aufgabe, für Orientierung zu sorgen und ist identitätsstiftend für die Gesellschaft (vgl. Imhof 2006a: 201). Während in sogenannten strukturzentrierten Phasen die Eliten und das herrschende Gesellschaftsmodell akzeptiert und legitimiert erscheinen, verändern sich in Krisenzeiten die Leitbilder und Erwartungen der Bevölkerung. Bisherige Leitbilder werden angezweifelt, die herrschenden Eliten, die in der Zentrums-Öffentlichkeit stehen, werden hinterfragt (vgl. Imhof 1996: 13). In diesen Krisenzeiten können alternative Leitbilder oder Akteurinnen und Akteure, die bisher am Rande der Gesellschaft - in der Gegenöffentlichkeit - waren, in die Zentrums-Öffentlichkeit dringen und dort den sozialen Wandel durch ihre neuen, alternativen Ideen beeinflussen (vgl. Imhof 1996: 14). Mit Hilfe dieses Modells lässt sich der Wandel der österreichischen Politiklandschaft in den letzten Jahren erklären. In der österreichischen Bevölkerung spiegelte sich ein Wertewandel in den Wahlergebnissen der Nationalratswahl 2017 wider. Die FPÖ schaffte durch ihre zunehmenden Wahlerfolge den Aufstieg von einer Oppositionspartei in die Regierung. Die schwarze ÖVP wandelte sich zur neu eingefärbten Neuen Volkspartei von Sebastian Kurz, die nicht nur ihre Farbe wechselte. Sebastian Kurz näherte sich in seinem Parteiprogramm stärker an die Linie der FPÖ an, wie auch Heinz-Christian Strache immer wieder feststellte (vgl. Salzburger Nachrichten 2017: o.S.).

Eine veränderte Medien- und Kommunikationslandschaft spielt eine zentrale Rolle für die türkis-blaue Bundesregierung. Der Begriff Medialisierung beschreibt die „immer stärkere Durchdringung modernen (sic!) Gesellschaften mit Medien“ (Birkner 2017: 13). Medien sind im All-



tag der Menschen omnipräsent und Informationen können kontinuierlich und unmittelbar abgerufen werden. Eine ständige Konfrontation mit medialer Information und Kommunikation ist kaum vermeidbar. Politische Organisationen unterliegen laut Imhof (2006a: 14) der Produktionslogik der Medien und ihrer visuellen anstelle argumentativer Berichterstattung sowie medialen Trends. Politikerinnen und Politiker passen sich dieser neuen Medienlogik an, um in der Berichterstattung weiterhin positiv dargestellt zu werden (vgl. Birkner 2017: 22). Die große Aktualität und das hohe Tempo bei neuen Informationen setzen politische Fristen und Abläufe unter Druck (vgl. Imhof 2006b: 14). Dies bedeutet, dass Politikerinnen und Politik schneller Ergebnisse präsentieren und Stellung beziehen müssen, um mit der Berichterstattung der Medien mithalten zu können.

#### **4. Ergebnisse der Auswertung**

„Irgendwann ist der Punkt erreicht, wo sich die ‚Message‘ nicht länger kontrollieren lässt - wenn Dinge passieren, mit denen kein Spindoktor und kein Parteistrategie gerechnet haben.“ (Stuiber 2018: o.S.) Dieses Zitat, das aus aktueller Sicht gut zum Ibiza-Video und dem Ende der Regierungskoalition passt, bezieht sich ursprünglich auf das Don't Smoke Volksbegehren für den Nichtraucherschutz. Dieses Volksbegehren war eines der acht Schlüsselereignisse, zu welchen die Regierungskommunikation untersucht wurde. Bei diesen konnten übergeordnete Strategien festgestellt werden, die in allen beziehungsweise beinahe allen Schlüsselereignissen verwendet wurden. Diese Strategien werden nachstehend präsentiert. Weiter wird auf einzelne Schlüsselereignisse eingegangen, um konkrete Vorgehensweisen darzustellen.

##### **4.1 Gut gemacht, Österreich! Lob, Eigenlob und Identität**

Als durchgehende Strategie sowohl in den Presseaussendungen als auch in den Facebook-Posts beider Parteien wurde Lob verwendet. Österreich wird als hervorragendes, leistungsstarkes und wunderschönes Land beschrieben. So betonte Vizekanzler Heinz-Christian Strache etwa in einer Pressekonferenz, die auf seiner Facebook-Seite übertragen wurde: „Schauen Sie sich um in unserer wunderschönen Heimat Österreich, wer verliebt sich nicht in dieses wundervolle Land und seine Architektur und vor allen Dingen in den Charme der österreichischen Bevölkerung“ (Strache 2018c: o.S.).

Dabei stellt die Bundesregierung nicht nur Österreich ins Rampenlicht, sondern auch sich selbst und das erfolgreiche Schaffen ihrer Ministerien. In unterschiedlichen Zusammenhängen werden aktuelle Entwicklungen auf die gute Zusammenarbeit der Regierung zurückgeführt und die positiven Leistungen hervorgehoben. So wird etwa betont, dass sich die gute Arbeit



der Regierung am Arbeitsmarkt in der Steiermark zeigt (vgl. Kunasek 2018a: o.S.). Durch die ständige Wiederholung und das gegenseitige Lob zeichnet die Bundesregierung ein positives Bild von sich selbst, ihrer Arbeit sowie ihrer Ministerinnen und Minister. Sie stellen sich geint, arbeitssam und förderlich für Österreich dar.

Nicht nur das Lob für die ganze Bundesregierung, sondern auch das Eigenlob der FPÖ für ihre Arbeit ist in vielen Beiträgen zu finden. „Wir arbeiten tagtäglich für ein besseres und gerechteres Österreich. Bis jetzt ist uns in Regierungsverantwortung schon sehr viel gelungen! Auch künftig werden wir unseren konsequenten Weg für unsere Heimat fortsetzen“ (Hofer 2018: o.S.). Obwohl in vielen Beiträgen die Bundesregierung gelobt wird, wird häufig betont, dass diese vor allem durch die „starke Handschrift der FPÖ“ (Presseaussendung FPÖ Parlamentsklub 2018h: 1) so positiv sei. Ihren Einfluss auf die politische Agenda betont die FPÖ vor allem bei für sie politisch wichtigen Themen, wie etwa der Ablehnung des UN-Migrationspakts. Mario Kunasek bringt in einem seiner Facebook-Posts auf den Punkt, was den Leserinnen und Lesern über die FPÖ vermittelt werden soll: „Mit uns in der Regierung geht endlich was weiter. Für ein faires, sozial gerechtes und sicheres Österreich!“ (Kunasek 2018b: o.S.). Dabei spricht er die vier Hauptthemen an, die sich besonders durch die Kommunikation seitens der FPÖ ziehen: fair, sozial, gerecht und sicher. Jedoch bedient nicht nur die FPÖ diese Themen.

Auffällig ist, dass in der gesamten Kommunikation der Bundesregierung immer wieder mit den Frames der *Zusammengehörigkeit*, der österreichischen *Identität* und der *Sicherheit* gespielt wird. Besonders der Nationalstolz und die österreichische Identität werden in vielen Beiträgen betont, beispielsweise verwendet das Bundesministerium für öffentlichen Dienst und Sport auffallend oft das österreichische Flaggen-Emoji (vgl. Bundesministerium für öffentlichen Dienst und Sport 2018a: o.S.; Bundesministerium für öffentlichen Dienst und Sport 2018b: o.S.).

Des Weiteren wird die Zusammengehörigkeit und Verbundenheit durch Formulierungen wie „wir in Österreich“ (Kurz 2018b: o.S.), „unser schönes Land“ (Kurz 2018a: o.S.), „unsere Soldaten“ (Kunasek 2018e: o.S.), „unserem Innenminister Herbert Kickl“ (Presseaussendung FPÖ Parlamentsklub 2018i: 1) oder „unser System und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft“ (Presseaussendung ÖVP Bundesparteileitung 2018b: 1) zentral behandelt. Durch diese Formulierungen wird eine klare Unterscheidung in In-Group und Out-Group getroffen und betont, wer dazugehört und wem man sich verbunden fühlt.

Der dritte zentrale, immer wiederkehrende Frame war die Sicherheit. Die Notwendigkeit für Sicherheit, das Arbeiten für Sicherheit und die Wichtigkeit von Sicherheit in Österreich wurden in unterschiedlichen Zusammenhängen betont. Wie zentral dieses Thema für die Bundes-

regierung ist, verdeutlicht dieses Zitat: „Die Bundesregierung steht für eine umfassende Sicherheitspolitik, setzt Taten und sorgt für mehr Sicherheit in Österreich“ (Presseaussendung ÖVP Bundesparteileitung 2018a: 1). Bereits der Titel der zitierten Presseaussendung „Mahrer: Bundesregierung sorgt für mehr Sicherheit in unserem Land“ (Presseaussendung ÖVP Bundesparteileitung 2018a: 1) verbindet die drei zentralen Frames: Zusammengehörigkeit, Identität und Sicherheit.

#### **4.2 Opferrolle und Angriff: Die FPÖ gegen alle, alle gegen die FPÖ**

In ihren Presseaussendungen und Facebook-Posts richtet sich die FPÖ und ihre Vertreterinnen und Vertreter gegen ihre Gegner. Darunter fallen die SPÖ und insbesondere Christian Kern, die Vorgängerregierung und der ORF. Interessanterweise verwendet die FPÖ dazu Argumente, die auch von anderer Seite immer wieder gegen sie selbst vorgebracht werden. „Lügenpropaganda“ (Presseaussendung FPÖ Parlamentsklub 2018g: 1), „Hetze“ (Presseaussendung FPÖ Parlamentsklub 2018a: 1) und „Panikmache“ (Presseaussendung FPÖ Parlamentsklub 2018f: 1) sind einige der Bezeichnungen, die sie für ihre politischen Gegner verwenden. Diese angriffslustige Sprache erinnert stark an die Rolle als Oppositionspartei, welche die FPÖ lange innehatte und scheint weniger mit ihrer derzeitigen Rolle als Regierungspartei übereinzustimmen. Dies unterscheidet sie von der ÖVP, die zwar selbst immer wieder Kritik an politischen Gegner übt, dies jedoch weniger und in gemäßigerer Sprache tut (vgl. Presseaussendung ÖVP Parlamentsklub 2018b: 1).

Obwohl die FPÖ selbst viel Kritik austeilt, fühlt sie sich auf der anderen Seite von Kritikerinnen und Kritikern unverstanden und schlecht behandelt. So spricht Heinz-Christian Strache von „miserablen Fouls gegen die FPÖ“ (Strache 2018b: o.S.). Gegen Kritik von außen versucht die FPÖ ihre Mitglieder zu verteidigen: „Alles unter einem Innenminister Kickl, dem die Opposition fälschlich unterstellt die Menschenrechte und die Menschenwürde nicht zu achten“ (Presseaussendung FPÖ Parlamentsklub 2018: 1). Dabei stellt sich die FPÖ nicht selten in der Rolle des Opfers dar, die vom politischen Gegner bedroht wird: „Morddrohungen gegen FPÖ-Politiker sind Ausfluss linker Hetze!“ (Presseaussendung FPÖ Parlamentsklub 2018b: 1). Zwar teilt die FPÖ auf der einen Seite kräftig Kritik gegen die (politischen) Gegner aus, stellt sich auf der anderen Seite bei Kritik gegen die eigenen Mitglieder oder Vorhaben als Opfer dar.

### 4.3 Kurz, Strache und Kickl im Profil

In den untersuchten Presseaussendungen, Facebook-Posts und Zeitungs- sowie Fernsehartikeln waren vor allem drei Akteure zentral: Bundeskanzler Sebastian Kurz von der ÖVP, Vizekanzler Heinz-Christian Strache von der FPÖ und Innenminister Herbert Kickl von der FPÖ. In der folgenden Übersicht wurde sowohl die Fremd- als auch Selbstdarstellung dieser drei Akteure aufgelistet.

Während Sebastian Kurz sich selbst als Brückenbauer, beschützend und sachlich darstellt, wird er in der Fremddarstellung in den Presseaussendungen und von anderen Akteurinnen und Akteuren der Bundesregierung als weitreisend, volksnah und kühl gesehen. Die Nachrichtenmedien sehen Kurz kritisch. Negativ schreiben sie ihm vor allem seine Aussage der „Achse der Willigen“ zu und sie sehen ihn als alles andere als einen Brückenbauer (vgl. Tabelle 1).

Heinz-Christian Strache stellt sich selbst als Beschützer dar und bedient dabei wieder den Frame der Sicherheit. Er sieht sich selbst als Heimatkämpfer und Verteidiger. Positive Zuschreibungen von außen sind, dass er Jobs sichert und mit gutem Beispiel voran geht. Negativ wird ihm zugeschrieben, dass er oft die Opferrolle einnimmt (vgl. Tabelle 2).

Herbert Kickl stellt sich selbst als autoritär dar und in der Fremddarstellung wird ihm das als positive Eigenschaft zugeschrieben. Außerdem wird er als ein Garant für Sicherheit charakterisiert, wodurch erneut der Frame der Sicherheit verwendet wird. Die Fremddarstellung kritisiert hingegen wie bei Heinz-Christian Strache, dass er eine Opferrolle einnimmt. Außerdem werden seine Angriffe auf die Opposition negativ bewertet (vgl. Tabelle 3).

Kurz	Selbstdarstellung	Fremddarstellung
positiv	verständnisorientiert, beschützend (2), Befreier von Beiträgen/Steuern, <i>Brückenbauer</i> , unbürokratisch, höflich, ruhig (2), korrekt, sachlich (2), optimistisch	kühl, ruhig, EU-Werten treu, volksnah, Retter der Wirtschaft, visionär, weitreisend (3), geschäftig
negativ		harte Migrationspolitik, Wortwahl „Achse“ (7), distanziert, kontrollierend, „Hände gebunden“, opportunistisch, überheblich, unglaubwürdig, alles andere als <i>Brückenbauer</i>

Tabelle 1: Sebastian Kurz – Fremd- und Selbstdarstellung (Quelle: eigene Tabelle)

<b>Strache</b>	Selbstdarstellung	Fremddarstellung
positiv	Weltverbesserer, Beschützer (3), Heimatkämpfer, freundlich, optimistisch, verteidigend, beschwichtigend, unbürokratisch, persönlich	sichert Jobs, offen, geht mit gutem Beispiel voran
negativ		widersprüchlich, konservativ, übersteuert, übertrieben, realitätsfern, Opferrolle (2), herunterspielend

**Tabelle 2: Heinz-Christian Strache – Fremd- und Selbstdarstellung (Quelle: eigene Tabelle)**

<b>Kickl</b>	Selbstdarstellung	Fremddarstellung
positiv	<i>autoritär</i> , würdigend, stolz	kompetent, <i>autoritär</i> , konsequent, Garant für Sicherheit (2), freundschaftlich, erfolgreich, verlässlich, familienfreundlich
negativ	rechtfertigend	besorgt, Opferrolle (4), Gegenangriff auf Opposition (2), beleidigend, trotzig

**Tabelle 3: Herbert Kickl – Fremd- und Selbstdarstellung (Quelle: eigene Tabelle)**

In Tabelle 4 wird deutlich, welcher der drei Akteure sich in welchen Medien äußert beziehungsweise wie oft er in der Über-Kommunikation erwähnt wird. Bei dieser Darstellung fällt auf, dass Sebastian Kurz sich am meisten auf Facebook selbst äußert und darstellt. Herbert Kickl findet am meisten Resonanz in der Über-Kommunikation. Während sich die Regierungsvertreter selbst nur positiv oder neutral darstellen, sieht man an der Über-Kommunikation, dass insbesondere Herbert Kickl schlecht abschneidet. Heinz-Christian Strache und Sebastian Kurz finden annähernd gleich viele negative Erwähnungen, allerdings gibt es mehr positive Darstellungen von Kurz. Die Tabelle zeigt somit, dass die Akteure in der Von-Kommunikation ausschließlich ein neutrales oder positives Bild prägen, wohingegen die Über-Kommunikation bis auf Sebastian Kurz ein überwiegend negatives Bild zeichnet (vgl. Tabelle 4). Obwohl auffällig war, dass in vielen Presseaussendungen und Facebook-Posts zu kritischen Themen Parteimitglieder statt Ministerinnen und Minister zu Wort kamen, konnte nicht festgestellt werden, dass es eindeutige Übermittlerinnen oder Übermittler von guten oder schlechten Nachrichten gab.

	Von-Kommunikation	Über-Kommunikation
Kurz Selbstdarstellung	46	3
Kurz Fremddarstellung	22	29
positiv/neutral/negativ	22/46/0	8/13/11
Strache Selbstdarstellung	15	4
Strache Fremddarstellung	4	9
positiv/neutral/negativ	16/3/0	0/3/10
Kickl Selbstdarstellung	29	1
Kickl Fremddarstellung	38	35
positiv/neutral/negativ	34/33/0	1/7/28

Tabelle 4: Darstellung der Hauptakteure in der Von- und Über-Kommunikation

#### 4.4 Ablenkungsmanöver, Dementi, Vor-Kontextualisierung und Thema der Woche

##### *Ablenkungsmanöver und verdrehte Tatsachen*

Eindeutige Ablenkungsmanöver konnten nicht identifiziert werden. Allerdings weisen etliche Aussagen darauf hin, dass Tatsachen bewusst *verdreht* wurden. Besonders deutlich zeigte sich dies zum Beispiel in der Diskussion um den 12-Stunden-Tag. Betont wurden hier insbesondere die Familienfreundlichkeit und Freiwilligkeit der ‚flexiblen‘ Arbeitszeiten (vgl. Strache 2018d: o. S.). „Uns Freiheitlichen geht es um moderne, zeitgerechte, flexible, sozial gerechte und faire Arbeitsbedingungen im Interesse aller Arbeitnehmer und Angestellten! Das sichern wir!“ (Strache 2018f: o. S.) oder Aussagen wie „Flexibilität als Arbeitnehmer bedeutet mehr Zeit für die Familie“ (Kunasek 2018d: o.S.) und „Freiwilligkeit statt Zwang für Arbeitnehmer“ (Strache 2018f: o. s.), sind nur einige Beispiele in diesem Zusammenhang. Zudem stärke die Flexibilisierung der Arbeitszeiten den heimischen Tourismus (vgl. Presseaussendung Nachhaltigkeitsministerium 2018: o. S.). Ob solche Aussagen ein Versuch sind, von Kritikpunkten oder Schwächen des politischen Vorhabens abzulenken, kann nicht belegt, sondern nur vermutet werden. Fest steht jedoch, dass hier eindeutig versucht wurde, Fakten positiv zu verzerren.

### *Richtigstellungen und Dementi*

Vor allem die FPÖ dementiert häufig Aussagen oder Fauxpas, die zu angeblichen Missverständnissen geführt hätten oder einer Entschuldigung oder Rechtfertigung bedürften. Dies war vor allem in der Kickl-Causa der Fall, wo der Innenminister im ORF-Politmagazin *Report* behauptet hat, dass das Recht der Politik zu folgen habe. Anschließend versuchte Kickl gemeinsam mit seinen Parteikollegen, seine Aussage ‚logisch‘ zu erklären. So war etwa von einem „steten Wandel von Rechtsnormen und Gesetzen“ die Rede (vgl. Presseaussendung FPÖ Parlamentsklub 2018k: o. S.). „Bei dieser Gelegenheit sei all jenen, die durch die Aussagen des Innenministers die Rechtsstaatlichkeit gefährdet sehen, erklärt, dass es die ureigenste Aufgabe der Politik ist, Gesetze, die wiederum auch irgendwann von Politikern gemacht wurden, zu hinterfragen und notwendigenfalls zu ändern.“ (Presseaussendung FPÖ Parlamentsklub 2018j: o. S.). Richtigstellungen und Dementi ziehen sich durch alle in dieser Studie untersuchten Kommunikationsformate.

### *Vor-Kontextualisierungen*

In den Presseaussendungen und Facebook-Posts werden von den beiden Parteien und ihren Mitgliedern zahlreiche Frames – wie etwa Sicherheit oder Identität – verwendet, wie etwa die Formulierung „ungeschützt einer Migrationsflut ausgesetzt“ (Presseaussendung FPÖ Parlamentsklub 2018d: 1). Allerdings konnte nicht festgestellt werden, dass Passagen aus den Presseaussendungen in den Zeitungen großflächig übernommen wurden. Dennoch finden sich in den Presseaussendungen - meistens von der FPÖ - besonders einprägsame und kontroverse Formulierungen wie etwa: „Die Sicherheit nachfolgender Generationen darf nicht am Altar politischer Schönfärberei geopfert werden“ (Presseaussendung FPÖ Parlamentsklub 2018c: 1).

### *Thema der Woche*

Bei keinem der Schlüsselereignisse konnte ein Thema der Woche festgestellt werden. Neue zentrale Themen wurden an unterschiedlichen Tagen kommuniziert und sind keinem festen Verlauf während einer Woche gefolgt. Die abweichenden Themen in den Presseaussendungen und Facebook-Posts müssen als alltägliche Geschäftskommunikation kategorisiert werden. Über manche Schlüsselereignisse wurde über längere Zeit kommuniziert, sodass sie auch in die Zeiträume von anderen Schlüsselereignissen vorkamen. So wurden im Untersuchungszeitraum von der „Achse der Willigen“ auch Beiträge über die EU-Ratspräsidentschaft und die ÖGB-Demo anlässlich des 12-Stunden-Tages veröffentlicht.

#### 4.5 Positiv, neutral und negativ: Tonalität der Kommunikation

Zwischen der Von- und der Über-Kommunikation der türkis-blauen Regierung besteht ein signifikanter Unterschied hinsichtlich der Tonalität. Dies bedeutet, dass die Regierung deutlich positiver über ihre Arbeit spricht als die Über-Kommunikation (vgl. Grafik 1).

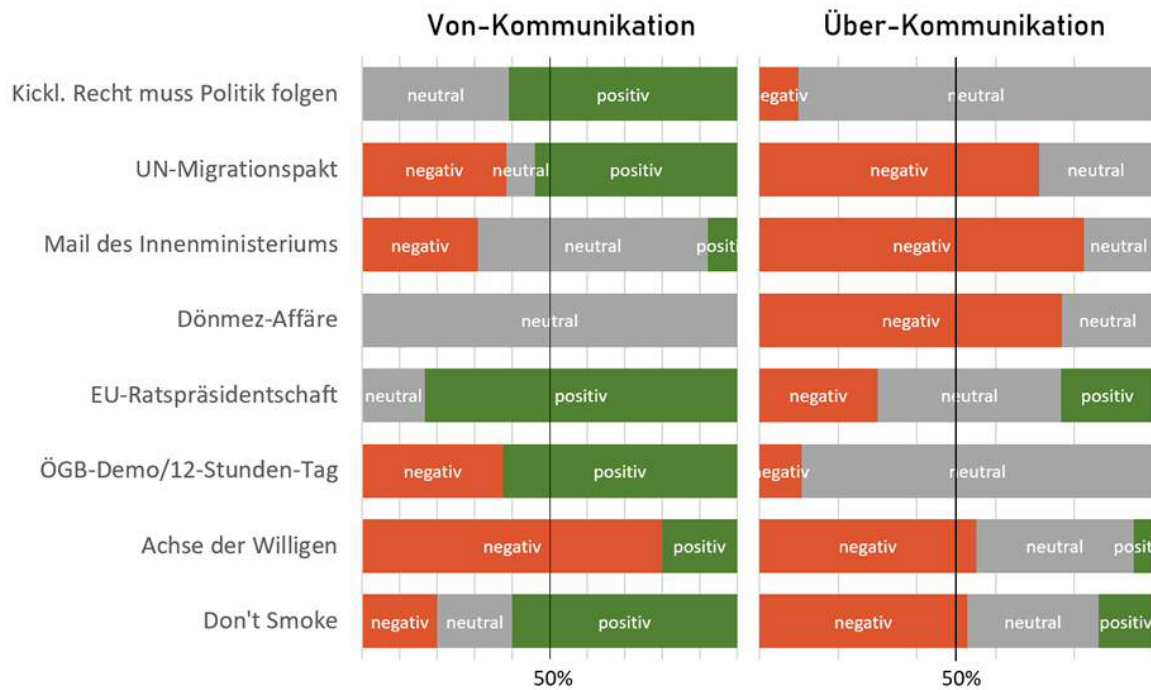


**Grafik 1: Tonalität der Von- und Über-Kommunikation**

#### *Tonalität der Regierungskommunikation sowie der Medienberichterstattung in den jeweiligen Schlüsselereignissen*

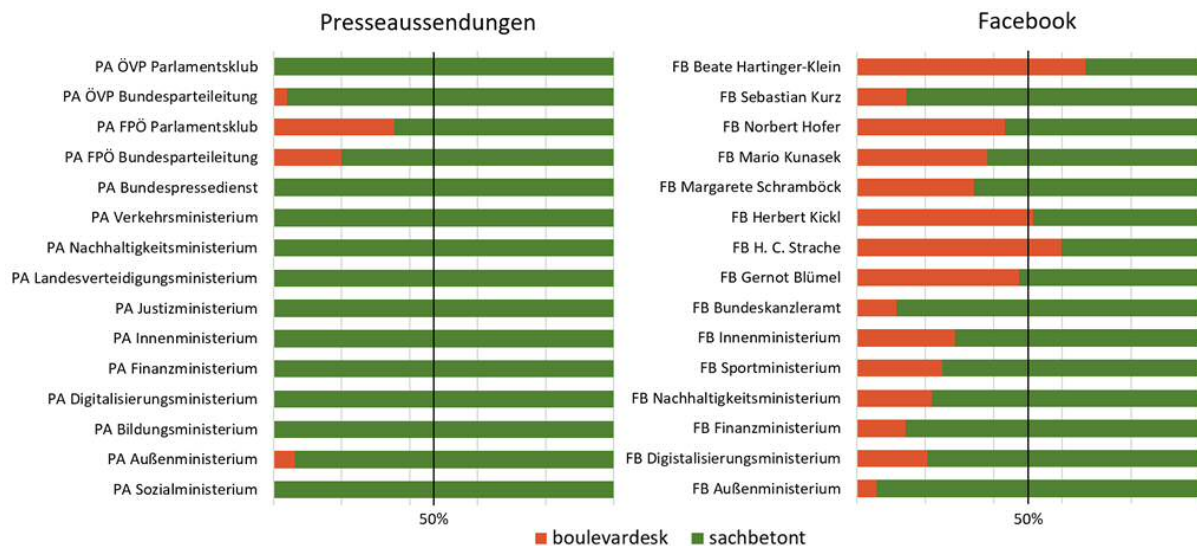
Bei der näheren Betrachtung der Beiträge, die sich unmittelbar auf die einzelnen Schlüsselereignisse beziehen, fallen deutliche Unterschiede in der Tonalität auf. Trotz der intensiven Auseinandersetzung mit den ausgewählten Schlüsselereignissen in den Nachrichtenmedien setzen sich nur wenige Presseaussendungen und Facebook-Posts vonseiten der Bundesregierung innerhalb der ausgewählten Untersuchungszeiträume mit dem jeweiligen Schlüsselereignis auseinander (vgl. Grafik 2). Der Großteil der Presseaussendungen und Facebook-Posts bespricht andere Themen, welche die Schlüsselereignisse nicht betreffen. Generell zeigt sich die Von-Kommunikation innerhalb der einzelnen Schlüsselereignisse gleich wie in der Tonalität allgemein positiver als die Über-Kommunikation. Anders als in der vorherigen Darstellung mit allen Beiträgen wird hier deutlich, dass in den Zeitungen und im ORF wesentlich mehr zu den Themen kommuniziert wird, als die Regierung selbst direkt dazu äußert.





**Grafik 2: Tonalität der Von-Kommunikation (links) und Über-Kommunikation (rechts) nach Schlüsselereignis**

#### 4.6. Sachbetont oder boulevardesk? – Auffälligkeiten hinsichtlich des Stils



**Grafik 3: Stil der Von-Kommunikation**

Was den Stil angeht, so zeigt sich in Grafik 3, dass der FPÖ-Parlamentsklub mit Abstand der Kommunikator mit den meisten boulevardesken Presseaussendungen (35%) ist. Dahinter folgen die FPÖ-Bundesparteileitung, das Außenministerium und die ÖVP-Bundesparteileitung. Alle anderen Presseaussendungen sind sachbetont. Auf Facebook sind mehr als die

Hälfte der Beiträge Heinz-Christian Straches (60%) und Herbert Kickls (52%) boulevardesk. Die Facebook-Seite von Beate Hartinger-Klein kann nur begrenzt berücksichtigt werden, da hier nur vier Beiträge veröffentlicht wurden. Diejenigen, deren Beiträge noch über 30% liegen sind Norbert Hofer (FPÖ), Mario Kunasek (FPÖ), Margarete Schramböck (ÖVP) und Gernot Blümel (ÖVP). Der ORF berichtet gänzlich neutral. Die Kronen Zeitung veröffentlicht 36% boulevardeske Beiträge, der Standard 6%. Die Annahme, dass Facebook-Posts einen boulevardeskeren Stil aufweisen als Presseaussendungen, hat sich also zum Teil bestätigt.

#### **4.7 Auffälligkeiten in den Ereignissen**

##### *Dönmez-Affäre*

Im Untersuchungszeitraum rund um die Dönmez-Affäre fiel auf, dass die Von-Kommunikation nur eine einzige Presseaussendung aufwies, die sich mit diesem Thema auseinandersetzte. Efgani Dönmez, Mitglied der Neuen ÖVP und Nationalratsabgeordneter, antwortete in der Nacht auf Samstag, den 01. September 2018, auf einen Tweet der deutschen Staatssekretärin Sawsan Chebli (SPD). Dönmezs sexistischer Beitrag auf Twitter führte zu seinem Ausschluss aus der Partei am Montag, den 03. September 2018. Diesen teilten Bundeskanzler Sebastian Kurz und Klubobmann der ÖVP, August Wöginger, in einer gemeinsamen Presseaussendung mit, die vom ÖVP Parlamentsklub ausgesandt wurde. Diese Presseaussendung ist in einem neutralen Ton verfasst. Es wird einerseits lobend hervorgehoben, warum Sebastian Kurz Efgani Dönmez in sein Team geholt hat. Dennoch wird mit Verweis auf den neuen Stil der Bundesregierung klargestellt, dass Dönmez nicht länger Mitglied der ÖVP sein kann (vgl. Presseaussendung ÖVP Parlamentsklub 2018a: 1). Des Weiteren äußerten sich die Bundesministerin für Frauen, Juliane Bogner-Strauß und die Bundesministerin für Nachhaltigkeit, Elisabeth Köstinger (beide ÖVP) mit einem kurzen Statement. Die Berichterstattung in den Zeitungen nahm aufgrund des Wochenendes vor allem erst ab Montag ihren Lauf und dauerte bis zum Ende der Woche stark an. Die ÖVP und ihre Mitglieder kommentierten weder auf Facebook noch in weiteren Presseaussendungen diesen Parteiausschluss. Keine Vertreterin und kein Vertreter der FPÖ äußerte sich zu diesem Vorfall. Der Skandal in den eigenen Reihen wird in der Von-Kommunikation beinahe nicht und nur an einem einzigen Tag thematisiert. Danach scheint dieses Thema für die Bundesregierung abgeschlossen zu sein, obwohl zu diesem Zeitpunkt die Medienberichterstattung erst wirklich beginnt.

##### *UN-Migrationspakt*

Im Untersuchungszeitraum von 30. Oktober bis 03. November 2018 äußerte sich trotz hoher Medienresonanz keines der Ministerien in einer Presseaussendung zum Thema UN-Migrationspakt. Außenministerium und Innenministerium schweigen gänzlich. Sie veröffentlichen keine einzige Aussendung, auch nicht zu anderen Themen. Außenministerin Karin Kneissl machte in einer Übertragung des ORFs zu diesem Thema noch dazu: „einen großen Bogen um die Mikrofone“ (ZIB1 2018: o. S.). Die ÖVP Bundesparteileitung und der ÖVP- und der FPÖ-Parlamentsklub äußern sich dagegen mit ähnlichen Argumenten wie Heinz-Christian Strache und Mario Kunasek auf Facebook. Argumente wie „Illegale Zuwanderung und den UN-Migrationspakt, der legale und illegale Migration verwässern will, lehnen wir ab!“ (Strache 2018a: o. S.) oder „Wir müssen in der Migrationsfrage souverän und vor allem selbstbestimmt bleiben!“ (Kunasek 2018c: o. S.) werden laut. Trotz der starken Kritik vonseiten der Kronenzeitung, dem Standard und dem ORF und dem Vorwurf, nur innenpolitisch für Wirbel sorgen zu wollen (vgl. Schieder 2018: 2), sei der Migrationspakt für eine Gefahr für die Souveränität Österreichs, legale und illegale Migration würde verwässert und der Pakt könne zu Gewohnheitsrecht führen. „Migration soll und darf kein Menschenrecht werden“ (ZIB2 2018: o.S.), so Heinz-Christian Strache im Interview mit Armin Wolf in der ZIB2 vom 31.10.2018.

#### *Don't Smoke-Rauchervolksbegehren*

Im Untersuchungszeitraum vom 19. bis 25. Februar 2018 erreichte die mediale Resonanz zum Don't Smoke-Volksbegehren ihren ersten Höhepunkt. Keine Presseaussendung aus den verschiedenen Ministerien nahm in diesem Zeitraum Bezug auf das geplante Volksbegehren, auch nicht das Bundesministerium für Soziales und Gesundheit. Nur der FPÖ-Parlamentsklub erwähnt das Volksbegehren. Fokus dieses Beitrags war aber vielmehr Kritik am ORF zur Beitragsgestaltung, mit dem der ORF laut dem medienpolitischen Sprecher der FPÖ NAbg. Hans-Jörg Jenewein unterschwellige Meinungssuggestion betreibt. Auf Facebook finden sich hingegen Aussagen zu *Don't Smoke* von Heinz-Christian Strache, wo sich eine bewusste Bedeutungsumkehr abzuzeichnen scheint: „Dennoch nehmen wir das aktuelle Volksbegehren sehr ernst, schon alleine deswegen, weil wir uns immer für mehr Direkte Demokratie stark gemacht haben“ (Strache 2018e: o. S.). In dieser Manier argumentiert Strache auch in der ORF-Sendung Im Zentrum: „Wenn es um direkte Demokratie geht, liebe Freunde, dann verstehe ich keinen Kompromiss.“ (Im Zentrum 2018: o. S.). Die FPÖ-Gesundheitssprecherin Belakowitsch bezeichnet das Volksbegehren laut dem Standard (Rauscher 2018: o. S.) dagegen als „unseriös, politisch motiviert“. Bundeskanzler Sebastian Kurz äußert sich kein einziges Mal in diesem Zeitraum. Das Thema bedient die FPÖ, da sie sich das Volksbegehren als Mittel direkter Demokratie an sich zunutze machen und zugleich die Gelegenheit wahrnehmen, den ORF oder

Regierungsgegnerinnen und -gegner im Allgemeinen zu kritisieren und sich als Opfer darzustellen.

## 5. Resümee

Die Untersuchung zeigt auffällige strategische Muster in der Kommunikation der türkis-blauen Bundesregierung. Die Aussagen der Presseaussendungen und Facebook-Posts befinden sich im Gleichklang. Wer wann bei problematischen Themen kommuniziert, wird genau festgelegt. So üben sich ausgewählte Ministerien, Akteurinnen und Akteure bei bestimmten Themen in Schweigen, z. B. beim UN-Migrationspakt. Die Akteurinnen und Akteure, die zu Wort kommen, bringen die jeweils gleichen Argumente zur jeweiligen Thematik und bleiben trotz medialer Kritik fest bei ihren Standpunkten. Die Tonalität ist dabei stets positiv, selbst wenn die Nachrichtenmedien negative Einschätzungen treffen. Auffällig ist, dass sich ÖVP und FPÖ in ihrer öffentlichen Kommunikation nie angreifen oder sich gegenseitig Fehler vorwerfen. Stattdessen findet sich immer wieder Lob für den politischen Partner in den Presseaussendungen und Facebook-Posts. Zwar sieht sich die FPÖ trotz ihrer Regierungsbeteiligung in vielen Fällen immer noch als Opfer, betont aber zugleich den positiven Einfluss ihrer Partei auf die politische Entwicklung Österreichs. Beide Parteien heben die türkis-blaue Koalition als Beispiel für erfolgreiche Regierungsarbeit hervor. Das geschlossene Auftreten und die Abwesenheit von Unstimmigkeiten vermitteln der Bevölkerung gegenüber ein Gefühl von Stabilität innerhalb der Regierung.

Die Themen Sicherheit, Identität und Zusammengehörigkeit werden wiederholt gestreut. Betont wird die österreichische Identität, das österreichische *Wir* und dass die Sicherheit der Österreicherinnen und Österreicher, vor allem gegenüber scheinbar ansteigender Kriminalität, das höchste Gut sei. Auf diese Weise findet eine bewusste Abgrenzung statt, gleichzeitig wird der Bevölkerung Schutzbedürftigkeit vermittelt. Ob dadurch bewusst von Problemstellungen oder Kritik abgelenkt werden soll, kann nur vermutet werden. Allerdings wird durch das Hervorheben von positiven Aspekten oder dem Betonen von anderen, nicht im Zusammenhang mit dem Schlüsselereignis stehenden Themen, der Fokus auf das eigentliche Kernthema verzerrt.

Message Control im eingangs definierten Sinne, konnte nicht identifiziert werden. Weder wurden auffällige Vorkontextualisierungen für die Presse gefunden, noch konnte eine ‚Issue-of-the-day/week-Strategy‘ oder eine auffällige Frequenz, mit der politische Akteurinnen und Akteure mit den Medien in Kontakt kommen, ausgemacht werden. Agenda Setting lässt sich bedingt feststellen, z.B. durch das Thema Sicherheit. Inwiefern dies der Ablenkung diene,

konnte nicht erhoben werden. In Fällen wie der Dönmez-Affäre konnte vonseiten der Regierung Schweigen ausgemacht werden. Dass die Presse ignoriert würde, wurde nicht festgestellt.

Nichtsdestotrotz zeigen sich viele Auffälligkeiten. Wenngleich die Bundesregierung zu manchen Themen sehr zurückhaltend Stellung bezieht, kann von einer strategischen Kommunikation ausgegangen werden. Sie zeigt sich im Setzen bestimmter Frames, in einer durchgehend positiven Tonalität und im geschlossenen Auftreten der beiden Regierungspartner sowie durch die positive Selbstinszenierung von Akteurinnen und Akteuren.

Der Skandal des Ibiza-Videos von Heinz-Christian Strache zeigt jedoch, dass Kommunikation alleine keine erfolgreiche Regierungsarbeit verspricht und Grenzen kennt. Die türkis-blaue Koalition wurde inzwischen beendet. Aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive wäre dennoch interessant, die politische Kommunikation der ÖVP und FPÖ weiterhin zu beobachten und zu untersuchen, welche Veränderungen sich ergeben haben.

## Literatur

- Baumann, Birgit (2018): Kurz baut “Achse der Willigen” gegen Merkel. In: Der Standard. Online unter: <https://derstandard.at/2000081525567/Kurz-baut-Achse-der-Willigen-gegen-Angela-Merkel> (23.06.2019).
- Birkner, Thomas (2017): Medialisierung und Mediatisierung. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. Birkner, Thomas (2017): Medialisierung und Mediatisierung. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Bonavida, Iris/Kocina, Erich/Neuhauser, Julia/Ultsch, Christian (2019): “Genug ist genug”: Sebastian Kurz eröffnet den Wahlkampf. Online unter: [https://diepresse.com/home/innenpolitik/5630670/Genug-ist-genug\\_Sebastian-Kurz-eroeffnet-den-Wahlkampf](https://diepresse.com/home/innenpolitik/5630670/Genug-ist-genug_Sebastian-Kurz-eroeffnet-den-Wahlkampf) (19.05.2019).
- Brunnbauer, Davina (2018): Gewerkschaft plant Demo gegen Zwölf-Stunden-Tag. In: Die Presse. Online unter: <https://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/5450117/Gewerkschaft-plant-Demo-gegen-ZwoelfStundenTag> (23.06.2019).
- Bundesministerium Europa, Integration und Äußeres (2018): Österreichs Vorsitz im Rat der Europäischen Union, 2. Halbjahr 2018. Online unter: <https://www.bmeia.gv.at/europa-aussenpolitik/europapolitik/eu-ratsvorsitz-2018/> (23.06.2019).
- Bundesministerium für öffentlichen Dienst und Sport (2018a): Bei der ISSF-Weltmeisterschaft für Sportschießen. Online unter: <https://www.facebook.com/584312048588894/posts/715191315500966/> (19.05.2019).
- Bundesministerium für öffentlichen Dienst und Sport (2018b): Österreichs U21-Fußball-Nationalmannschaft. Online unter: <https://www.facebook.com/584312048588894/posts/715763602110404/> (19.05.2019).
- Die Presse (2018): Rund 174.000 Unterschriften für “Don’t Smoke”-Volksbegehren. Online unter: <https://diepresse.com/home/innenpolitik/5374780/Rund-174000-Unterschriften-fuer-Dont-smokeVolksbegehren> (23.06.2019).



- Der Standard (2019): Kickl stellt Menschenrechtskonvention infrage, Kritik von Ministerkollegen und Van der Bellen. Online unter: <https://derstandard.at/2000096888042/Kickl-stellt-Menschenrechtskonvention-in-Frage> (23.06.2019).
- eu2018.at (2018): Österreichischer Vorsitz im Rat der Europäischen Union. Online unter: <https://www.eu2018.at/de/calendar-events/political-events.html> (23.06.2019).
- Heinze, Jana (2012): Regierungskommunikation in Deutschland. Eine Analyse von Produktion und Rezeption. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Hofer, Norbert (2018): Liebe Freunde! Online unter: <https://www.facebook.com/bundesministernorberthofer/videos/1029259103882025/> (19.05.2019).
- Imhof, Kurt (1996): „Öffentlichkeit“ als historische Kategorie und als Kategorie der Historie. In: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, 46. Jg., H. 1, 3-25.
- Imhof, Kurt (2006a): Die Diskontinuität der Moderne. Zur Theorie des sozialen Wandels. Frankfurt/ New York: Campus Verlag.
- Imhof, Kurt (2006b): Politik im "neuen" Strukturwandel der Öffentlichkeit. fög discussion paper GL-2006-0010. fög-Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft, Zürich.
- Im Zentrum (2018): Direkte Demokratie - 1- Don't Smoke-Volksbegehren. Im Zentrum vom 25.02.2018 22.19 Uhr.
- Kunasek, Mario (2018a): Die positive Arbeit der Bundesregierung. Online unter: <https://www.facebook.com/66095458281/posts/10155795700923282/> (19.05.2019).
- Kunasek, Mario (2018b): Mit uns in der Regierung geht endlich was weiter. Online unter: <https://www.facebook.com/66095458281/posts/10155928208718282/> (19.05.2019).
- Kunasek, Mario (2018c): Österreich wird den UN-Migrationspakt nicht unterfertigen! Online unter: <https://www.facebook.com/66095458281/posts/10156043908098282/> (19.05.2019).
- Kunasek, Mario (2018d): Zeit für die Familie und eine ausgewogene Work-Life-Balance ist uns ein Anliegen! Online unter <https://www.facebook.com/66095458281/posts/10155757665048282/> (20.05.2019).
- Kunasek, Mario (2018e): #Rückblick auf meinen Auslandstruppenbesuch am Balkan. Online unter: <https://www.facebook.com/66095458281/posts/10155502867833282/> (19.05.2019).
- Kurier (2018): UN-Migrationspakt: Türkis-Blaue Koalition verweigert Beitritt. Online unter: <https://kurier.at/politik/inland/un-migrationspakt-tuerkis-blaue-koalition-verweigert-beitritt/400310607> (23.09.2019).
- Kurz, Sebastian (2018a): Diesen Sommer war ich mit vielen Unterstützern. Online unter: <https://www.facebook.com/sebastiankurz.at/videos/240213373307237/> (19.05.2019).
- Kurz, Sebastian (2018b): Vor rund 3 Jahren gab es noch die Politik der offenen Grenzen. Online unter: <https://www.facebook.com/sebastiankurz.at/videos/334557260438023/> (19.05.2019).

- Marx, Stefan (2008): Die Legende vom Spin Doctor: Regierungskommunikation unter Schröder und Blair. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH.
- Mittelstaedt, Katharina (2018): ÖVP schließt Dönmez nach sexistischem Tweet aus Parlamentsklub aus. In: Der Standard. Online unter: <https://derstandard.at/2000086591539/OeVP-Frauen-fordern-nach-sexistischem-Tweet-Ruecktritt-von-Doenmez> (23.06.2019).
- Möseneder, Michael/ Oswald, Günther (2018): ÖVP geht auf Distanz zu Innenminister Kickl. In: Der Standard.
- Oswald, Günther (2018): Neuer türkis-blauer Stil: Wie kritische Stimmen plötzlich verschwinden. In: Der Standard. Online unter: <https://derstandard.at/2000074655239/Neuer-Stil-am-Beispiel-Familienbeihilfe-Wie-kritische-Stimmen-plotzlich-verschwinden> (03.11.2018)
- Pfetsch, Barbara (2003): Politische Kommunikationskultur. Politische Sprecher und Journalisten in der Bundesrepublik und den USA im Vergleich. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Pölzl, Christoph (2018): Liebe L1-Leiter. E-Mail an die Landespolizei-Pressestellen. Online unter: <https://www.facebook.com/photo.php?fbid=1067836650055390&set=pcb.1067837206722001&type=3&theater> (23.06.2019).
- Presseaussendung FPÖ Parlamentsklub (2018a): FPÖ-Hafenecker: “Die Saat der SPÖ-Hetze gegen Burschschafter geht auf”. Online unter: [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20180613\\_OTSo056/fpoe-hafenecker-die-saat-der-spoe-hetze-gegen-burschschafter-geht-auf](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180613_OTSo056/fpoe-hafenecker-die-saat-der-spoe-hetze-gegen-burschschafter-geht-auf) (19.05.2019).
- Presseaussendung FPÖ Parlamentsklub (2018b): FPÖ-Hafenecker: Morddrohungen gegen FPÖ-Politiker sind Ausfluss linker Hetze! Online unter: [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20180616\\_OTSo012/fpoe-hafenecker-morddrohungen-gegen-fpoe-politiker-sind-ausfluss-linker-hetze](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180616_OTSo012/fpoe-hafenecker-morddrohungen-gegen-fpoe-politiker-sind-ausfluss-linker-hetze) (19.05.2019).
- Presseaussendung FPÖ Parlamentsklub (2018c): FPÖ-Hafenecker zu UNO-Migrationspakt: “Souveränität Österreichs steht im Vordergrund”. Online unter: [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20181031\\_OTSo037/fpoe-hafenecker-zu-uno-migrationspakt-souveraenitaet-oesterreichs-steht-im-vordergrund](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20181031_OTSo037/fpoe-hafenecker-zu-uno-migrationspakt-souveraenitaet-oesterreichs-steht-im-vordergrund) (19.05.2019).
- Presseaussendung FPÖ Parlamentsklub (2018d): FPÖ-Haider freut sich über Ablehnung des UN Migrationspaktes. Online unter: [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20181031\\_OTSo047/fpoehaider-freut-sich-ueber-ablehnung-des-un-migrationspaktes](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20181031_OTSo047/fpoehaider-freut-sich-ueber-ablehnung-des-un-migrationspaktes) (19.05.2019).
- Presseaussendung FPÖ Parlamentsklub (2018e): FPÖ-Ries: Volksanwaltschaft nicht wegzudenken. Online unter: [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20180613\\_OTSo188/fpoe-ries-volksanwaltschaft-nicht-wegzudenken](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180613_OTSo188/fpoe-ries-volksanwaltschaft-nicht-wegzudenken) (19.05.2019).
- Presseaussendung FPÖ Parlamentsklub (2018f): FPÖ-Steger: “Es ist die zentrale Aufgabe der EU für Sicherheit zu sorgen”. Online unter: [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20180926\\_OTSo167/fpoe-steger-es-ist-die-zentrale-aufgabe-der-eu-fuer-sicherheit-zu-sorgen](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180926_OTSo167/fpoe-steger-es-ist-die-zentrale-aufgabe-der-eu-fuer-sicherheit-zu-sorgen) (19.05.2019).



- Presseaussendung FPÖ Parlamentsklub (2018g): FPÖ-Walter Rosenkranz: „Leistung muss sich lohnen“. Online unter: [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20180705\\_OTSo122/fpoe-walter-rosenkranz-leistung-muss-sich-lohnen](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180705_OTSo122/fpoe-walter-rosenkranz-leistung-muss-sich-lohnen) (19.05.2019).
- Presseaussendung FPÖ Parlamentsklub (2018h): Vilimsky: Kern hat als ÖBB-Chef Bedienstete offenbar 12 Stunden arbeiten lassen. Online unter: [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20180624\\_OTSo016/vilimsky-kern-hat-als-oebb-chef-bediensstete-offenbar-12-stunden-arbeiten-lassen](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180624_OTSo016/vilimsky-kern-hat-als-oebb-chef-bediensstete-offenbar-12-stunden-arbeiten-lassen) (19.05.2019).
- Presseaussendung FPÖ Parlamentsklub (2018i): Vilimsky: „Österreich übernimmt Vorreiterrolle bei Nicht-Beitritt von UN-Migrationspakt“. Online unter: [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20181102\\_OTSo092/vilimsky-oesterreich-uebernimmt-vorreiterrolle-bei-nicht-beitritt-von-un-migrationspakt](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20181102_OTSo092/vilimsky-oesterreich-uebernimmt-vorreiterrolle-bei-nicht-beitritt-von-un-migrationspakt) (18.05.2019).
- Presseaussendung FPÖ Parlamentsklub (2018j): „FPÖ/ÖSR-Neubauer: „Senioren haben zu Innenminister Herbert Kickl vollstes Vertrauen“. Online unter: [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20190125\\_OTSo063/fpoeoesr-neubauer-senioren-haben-zu-innenminister-herbert-kickl-vollstes-vertrauen](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20190125_OTSo063/fpoeoesr-neubauer-senioren-haben-zu-innenminister-herbert-kickl-vollstes-vertrauen) (20.05.2019).
- Presseaussendung FPÖ Parlamentsklub (2018k): FPÖ-Hafenecker: „Innenminister Herbert Kickl handelt im Auftrag des Wählers und nicht auf Zuruf der Opposition“. Online unter: [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20190124\\_OTSo002/fpoe-hafenecker-innenminister-herbert-kickl-handelt-im-auftrag-des-waehlers-und-nicht-auf-zuruf-der-opposition](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20190124_OTSo002/fpoe-hafenecker-innenminister-herbert-kickl-handelt-im-auftrag-des-waehlers-und-nicht-auf-zuruf-der-opposition) (20.05.2019).
- Presseaussendung Nachhaltigkeitsministerium (2018): Köstinger: Flexibilisierung der Arbeitszeiten stärkt heimischen Tourismus. Online unter <https://www.bmnt.gv.at/service/presse/tourismus/2018/K-stinger--Flexibilisierung-der-Arbeitszeiten-st-rkt-heimischen-Tourismus.html> (20.05.2019).
- Presseaussendung ÖVP Bundesparteileitung (2018a): Mahrer: Bundesregierung sorgt für mehr Sicherheit in unserem Land. Online unter: [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20180222\\_OTSo074/mahrer-bundesregierung-sorgt-fuer-mehr-sicherheit-in-unserem-land](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180222_OTSo074/mahrer-bundesregierung-sorgt-fuer-mehr-sicherheit-in-unserem-land) (19.05.2019).
- Presseaussendung ÖVP Bundesparteileitung (2018b): Nehammer: Effektiver Außengrenzschutz ist das Gebot der Stunde. Online unter: [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20180926\\_OTSo172/nehammer-effektiver-aussengrenzschutz-ist-das-gebot-der-stunde](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180926_OTSo172/nehammer-effektiver-aussengrenzschutz-ist-das-gebot-der-stunde) (19.05.2019).
- Presseaussendung ÖVP Parlamentsklub (2018a): Kurz und Wöginger: Efgani Dönmez wird aus dem ÖVP-Parlamentsklub ausgeschlossen. Online unter: [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20180903\\_OTSo152/kurz-und-woeinger-efgani-doenmez-wird-aus-dem-oevp-parlamentsklub-ausgeschlossen](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180903_OTSo152/kurz-und-woeinger-efgani-doenmez-wird-aus-dem-oevp-parlamentsklub-ausgeschlossen) (19.05.2019).
- Presseaussendung ÖVP Parlamentsklub (2018b): Ottenschläger zu Eurofighter-Gutachten: Nächstes Kapitel der Fehlentscheidungen von SPÖ-Verteidigungsministern? Online unter: [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20180927\\_OTSo122/ottenschlaeger-zu-eurofighter-gutachten-naechstes-kapitel-der-fehlentscheidungen-von-spoe-verteidigungsministern](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180927_OTSo122/ottenschlaeger-zu-eurofighter-gutachten-naechstes-kapitel-der-fehlentscheidungen-von-spoe-verteidigungsministern) (19.05.2019).

- Rauscher, Hans (2018): Volksbegehren gegen türkis-blaue Raucherpolitik. In: Der Standard. Online unter: <https://derstandard.at/2000074572720/Volksbegehren-gegen-tuerkis-blaue-Raucherpolitik> (19.05.2019).
- Salzburger Nachrichten (2017): Neue Plakate zeigen Strache als “Vordenker”. Online unter: <https://www.sn.at/politik/nationalratswahl-2017/neue-plakate-zeigen-strache-als-vordenker-18241864> (19.05.2019).
- Schieder, Sandra (2018): Enorme Empörung und internationales Echo. In: Kronen Zeitung vom 01.11.2018.
- Skewes, Elizabeth (2007): Message Control. How News is Made on the Presidential Campaign Trail. Lanham et al.: Rowman & Littlefield Publishers Inc.
- Strache, Heinz-Christian (2018a): Die Asyl-Anwälte nenne es „Aktion scharf“ – ich nenne es Rechtsstaat. Online unter: <https://www.facebook.com/74865038590/posts/10156332790078591/> (19.05.2019).
- Strache, Heinz-Christian (2018b): Ein gelungener Wahlkampfabschluss in Tirol! Online unter: <https://www.facebook.com/74865038590/posts/10155734177803591/> (19.05.2019).
- Strache, Heinz-Christian (2018c): Heute präsentieren wir die zentralen Punkte des Standort-Events #InvestInAustria. Online unter: <https://www.facebook.com/HCStrache/videos/1869204376492724/> (19.05.2019).
- Strache, Heinz-Christian (2018d): Klarstellung! Die Arbeitszeitflexibilisierung wird ein Gewinn für alle Arbeitnehmer, Angestellten und Unternehmer! Online unter <https://www.facebook.com/74865038590/posts/10156021068358591/> (20.05.2019).
- Strache, Heinz-Christian (2018e): Nichtrauchererschutz und Wahlfreiheit in der Gastronomie sind kein Widerspruch! Online unter: <https://www.facebook.com/HCStrache/videos/1029766453831290/> (20.05.2019).
- Strache, Heinz-Christian (2018f): Schluss mit den roten ‚Fake News‘! Online unter <https://www.facebook.com/HCStrache/videos/1102941363180465/> (20.05.2019).
- Stuiber, Petra (2018): Der Raucherhusten der Koalition. In: Der Standard. Online unter: <https://derstandard.at/2000074900560/Der-Raucherhusten-der-Koalition> (19.05.2019).
- Vogel, Martina (2010): Regierungskommunikation im 21. Jahrhundert : ein Vergleich zwischen Großbritannien, Deutschland und der Schweiz. Baden-Baden : Nomos-Verl.-Ges.
- ZDF (2018): Durch Europa geht ein Ruck - nach rechts. Rechtspopulisten auf dem Vormarsch. Online unter <https://www.zdf.de/nachrichten/heute/rechtspopulisten-in-europa-auf-dem-vormarsch-102.html> (25.06.2019).
- ZIB1 (2018): UN-Migrationspakt: Österreich will nicht unterschreiben. Zeit im Bild 1 vom 31.10.2018, 19.30 Uhr.
- ZIB2 (2018): Interview mit Heinz-Christian Strache zum UN-Migrationspakt. Zeit im Bild 2 vom 31.10.2018, 22.00 Uhr.

## Kurzbiografie der Autorinnen



Die Autorinnen (von links nach rechts) **Alexandra Bründl**, **Alexandra Krämer**, **Anna Spatzenegger** und **Ursula Waselmayr** studieren im Master Kommunikationswissenschaft an der Universität Salzburg. Im Rahmen der Lehrveranstaltung „Change: Politische Kommunikation“ haben sie sich zwei Semester mit dem Thema „Message Control“ auseinandergesetzt. Neben dem Studium haben sie bereits berufliche Erfahrungen in den Bereichen Kultur, Marketing, Werbung und Journalismus gesammelt.

Kontakt:

[alexandra.bruendl@stud.sbg.ac.at](mailto:alexandra.bruendl@stud.sbg.ac.at)

[alexandra.kraemer@stud.sbg.ac.at](mailto:alexandra.kraemer@stud.sbg.ac.at)

[anna.spatzenegger@stud.sbg.ac.at](mailto:anna.spatzenegger@stud.sbg.ac.at)

[ursula.waselmayr@stud.sbg.ac.at](mailto:ursula.waselmayr@stud.sbg.ac.at)